

## **Kleine Anfrage 2135**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Eltern-Kind-Gruppen satt Kita-Plätze für Kinder ab 1 Jahr im Land Brandenburg**

Aus der Presse ist zu erfahren, dass immer mehr Kommunen bzw. Landkreise als öffentliche Träger der örtlichen Jugendhilfe nicht in der Lage sind, den Bedarf an Plätzen für Kinder im Alter ab 1 Jahr decken zu können.

Aus diesem Grund gehen Träger der Einrichtungen dazu über, Personensorgeberechtigten, die nicht berufstätig sind, einen Platz in einer sogenannten Eltern-Kind-Gruppe (EKG) anzubieten. Eine solche Eltern-Kind-Gruppe wird als rechtsanspruchserfüllend angesehen.

Wird dieses Angebot nicht angenommen, so sei damit der Anspruch auf einen Kita-Platz verwirkt.

Bei einer Eltern-Kind-Gruppe ist es jedoch zwingend erforderlich, dass ein Elternteil bzw. ein Personensorgeberechtigter während der gesamten Betreuungszeit anwesend ist.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. In welchem Gesetz ist diese „Instrument“ der Eltern-Kind-Gruppe geregelt?
2. Ist die Eltern-Kind-Gruppe rechtsanspruchserfüllend in Bezug auf die Erfüllung des Anspruchs auf einen Kita-Platz?
3. Wo gibt es Eltern-Kind-Gruppen?
4. Welche Landkreise, bzw. Kommunen nutzen dieses Instrument der Eltern-Kind-Gruppe?
5. Darf ein Träger einer Kindertagesstätte die Vergabe eines Kita-Platzes verweigern, weil ein nicht berufstätiger Personensorgeberechtigter den Platz einer Eltern-Kind-Gruppe ablehnt?
6. Darf ein Träger einer Kindertagesstätte die Vergabe eines Kita-Platzes verweigern, weil ein berufstätiger Personensorgeberechtigter den Platz einer Eltern-Kind-Gruppe ablehnt?

7. An wen kann sich ein Betroffener wenden, wenn er einen Eltern-Kind-Gruppen-Platz angeboten bekommt, aber einen Kita-Platz wünscht und diesen nicht erhält?
8. Kann ein Betroffener wenn er einen Eltern-Kind-Gruppen-Platz angeboten bekommt, aber einen Kita-Platz wünscht, sich auch eine Tagesmutter suchen?
9. Gibt es die Möglichkeit eines vorläufigen Rechtsschutzes? Wer ist hierfür zuständig?
10. Greift das brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ein, wenn mögliche Verstöße bekannt werden?
11. Welche Sanktionsmöglichkeiten hat das Ministerium?